



MEDIENMITTEILUNG DER SP KANTON LUZERN

Luzern, 7. Dezember 2021

SP fordert Massnahmen für von Gewalt betroffene Menschen

Die SP des Kantons Luzern setzt sich für eine gewaltfreie Gesellschaft ein und verlangt die Reaktivierung des Runden Tisches häusliche Gewalt und die Errichtung eines Zentrums zur medizinischen Erstversorgung bei häuslicher und sexueller Gewalt.

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit ist bei der Bekämpfung von Gewalt sehr wichtig. Bei einem «Runden Tisch häusliche Gewalt» nehmen alle einschlägigen Fachstellen und -personen teil und koordinieren ihre Interventionsstrategien aufeinander. «Dieses wichtige Instrument im Kampf gegen häusliche Gewalt soll – jetzt da es dem Kanton finanziell wieder besser geht –reaktiviert werden», fordert Pia Engler, SP-Kantonsrätin aus Kriens. Der Runde Tisch wurde im Rahmen der Sparrunden per 2017 eingestellt. Häusliche Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem.

Im Kanton Luzern sind bereits einige Stellen involviert bei Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Deren Tätigkeiten sind unerlässlich. Melanie Setz Isenegger, SP-Kantonsrätin aus Emmen, meint aber: «Es braucht einen niederschweligen, vertraulichen Zugang zu einem spezialisierten Krisenzentrum nach einem Gewaltereignis.» So können die betroffenen Personen angemessen medizinisch behandelt, adäquat beraten und an gegebenenfalls weitere Stellen weitergeleitet werden. Gerade im Bereich medizinischer Erstversorgung gibt es im Kanton Luzern auch gemäss einem vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Bericht Handlungsbedarf. Die Beweissicherung sowie die Beratung des Opfers nach einem gewalttätigen Ereignis als Teil der medizinischen Erstversorgung sind aber bedeutend für den weiteren Fortgang eines allfälligen Strafverfahrens. Die Problematik scheint im Kanton Luzern bereits bekannt, es fehlt aber teilweise an standardisierten Abläufen und Koordination der unterschiedlichen beteiligten Anlaufstellen. Hier soll das Postulat eine Lücke schliessen.

Gemäss Erkenntnissen von Polizeibehörden und spezialisierten Opferhilfestellen ist die sexuelle Ausbeutung, die am häufigsten festgestellte Ausbeutungsart in der Schweiz. Hinweise auf Fälle von Ausbeutung der Arbeitskraft haben in den letzten Jahren aber zugenommen, Ylfete Fanaj, SP-Kantonsrätin aus Luzern, stellt in einer Anfrage Fragen nach einem Aktionsplan und wie die Zusammenarbeit der involvierten Behörden organisiert ist.

Kontakt:

Pia Engler, Kantonsrätin SP, 079 750 84 44

Melanie Setz, Kantonsrätin SP, 079 267 43 80

Ylfete Fanaj, Kantonsrätin SP, 078 848 73 93